

Bezugspreis:

Wochenschrift 9.— Mtl. monatl. 1.— Mtl. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 1.— Mtl. inkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6.25 Mtl. für das übrige Ausland 10.25 Mtl. bei täglich einmal. Zustellung 8.25 Mtl. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz, Eingetragen in die Post-Verordnungs-Verzeichnisse.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Woll u. Fein“ erscheint wochentäglich zweimal. Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenspreis:

Die abgetippten Anzeigen werden für 1.20 Mtl. „kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 50 Bsp. (unabhängig 2 gedruckt Worte), jedes weitere Wort 10 Bsp. Stellenanzeigen und Geschäftsanzeigen das erste Wort 40 Bsp., jedes weitere Wort 20 Bsp. Worte über 13 Buchstaben zählen für zwei Worte. Feuerungsanzeigen 50 Bsp. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1.20 Mtl. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gestrichen von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Dienstag, den 8. Juli 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Belagerungszustand über Hannover.

Hannover, 8. Juli. Ueber Hannover ist vom kommandierenden General der Belagerungszustand verhängt worden.

Blutige Zusammenstöße mit Regierungstruppen.

Hannover, 8. Juli. (W. L. B.) Die gestern abend auf dem Bahnhof eingetroffenen Truppen wurden von dem Gefindel tödlich angegriffen, welches versuchte, ihnen die Waffen abzunehmen, worauf die Truppen von der Waffe zur Selbstverteidigung Gebrauch machen mußten. Leider sind dabei einige Tote und Verwundete zu beklagen. Wie der „Hannov. Courier“ dazu weiter meldet, zog nach den Gewalttaten auf dem Ernst-August-Platz eine Anzahl von Spontankriegern nach dem Schloß und holte dort Gefangene heraus. Hierauf zog die Menge vor einige Polizeireviere, um dort nach Waffen zu suchen und schließlich nach dem Militärgefängnis, wo ihr die Wache die Waffen ohne Widerstand überließ. Hierauf erzwangen sie den Einlass und befreiten sämtliche Gefangene. Die Gefangenen wurden in der Hallerstraße verbrannt. Nunmehr begab sich der Mob nach dem Zellengefängnis, wo Reichswehrtruppen und Schutzeinheiten entgegenkamen. Es entwickelte sich ein Feuergefecht, das mehrere Tote und Verwundete forderte. Schließlich ergriß die Menge die Straße.

Abbruch des Eisenbahnerstreiks in Hannover.

Hannover, 7. Juli. Die streikenden Eisenbahner haben beschlossen, den Streik abzugeben und die Arbeit morgen früh wieder aufzunehmen. Die Streikleitung wurde beauftragt, die Verhandlungen fortzuführen.

Der Eisenbahnerstreik im Reich.

Bremen, 7. Juli. Die Eisenbahner Bremens beschlossen in einer heute abgehaltenen Versammlung, vorläufig nicht in den Streik zu treten, morgen jedoch in den Betrieben eine Urabstimmung vorzunehmen zu lassen. Es ist ein Telegramm vom Deutschen Eisenbahnerverbande eingetroffen, in welchem es heißt, die Arbeit nicht niederzulegen, und wo dies geschehen, diese wieder aufzunehmen.

Hamburg, 7. Juli. W. L. B. Die Abstimmung der Eisenbahnbeamten und Arbeiter im Bezirk Hamburg-Altona ergibt nach den bisher vorliegenden Zahlen eine einfache Mehrheit für den Ausstand. Die Meinung geht aber dahin, daß die Delegierten eine Zweidrittelmajorität für das Eintreten in den Ausstand für nötig erachten, und daß sich eine solche nicht ergeben wird.

Hamburg a. d. Elbe, 7. Juli. Der Streik der Eisenbahnarbeiter hat sich auf sämtliche Betriebsstellen ausgebreitet. 1500 bis 2000 Mann sind ausständig.

Der Streik in Oberschlesien.

Oppeln, 8. Juli. L. U. Im Oppolner Revier ist eine neue Streikbewegung zum Durchbruch gekommen. Bereits gestern vormittag waren drei Gruben ausständig, nachmittags folgten weitere. Die Forderungen der Arbeiter bewegen sich in Lohnaufbesserungen, Verbilligung der Lebensmittel. Ferner wird die Befreiung des Belagerungszustandes gefordert; außerdem die Beibehaltung der 7 1/2 stündigen Arbeitszeit.

Katow, 8. Juli. L. U. Der in Katow ausgebrochene Streik in den Kleinindustrien dehnt sich weiter aus. Auch die Arbeiter der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke haben sich dem Streik angeschlossen. Die Forderungen der Arbeiter stimmen im wesentlichen mit den von den Arbeitern der anderen stillgelegten Werke überein. Der Streik droht auch auf die Zettungen übergzugreifen.

Heimtransport unserer Gefangenen.

Bern, 7. Juli. Die belgische Eisenbahnverwaltung hat die notwendigen Maßnahmen zur Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen getroffen. Zahlreiche Kriegsgefangene sind bereits nach Sammelplätzen für die Heimbeförderung geschafft worden.

Streikbewegung in Frankreich.

Teilnahme am internationalen Streik.

Bern, 7. Juli. Nach „Parisien“ ist am Sonnabend das gesamte Personal der Compagnie Messageries de l'Est in den Ausstand getreten. Der gesamte Schiffsverkehr mußte eingestellt werden. In der Zusammenkunft der Eisenbahner und Straßenbahner am Sonnabend, der Vertreter aller Unternehmungen beizuhören, ergab die revolutionäre Tendenz eine Mehrheit. Die Postbeamten in Paris veranfaßten nach „Matin“ am Sonnabend einen zweitägigen Streik; sie forderten den Achtstundentag und Gehaltserhöhungen. Die Teilnahme an dem allgemeinen Ausstand am 21. Juli wurde beschlossen.

Die Friedensfeier der französischen Sozialisten.

Genf, 8. Juli. (Werbung der Telegraphen-Kompagnie.) Wie aus Paris berichtet wird, habe die französischen Sozialisten den Beschluß gefaßt, sich der von der Regierung für den 14. Juli angeordneten Siegesfeier fernzuhalten. Sie beabsichtigen vielmehr, besondere Feiern zu Ehren des Friedens zu veranstalten, in denen in der Hauptsache der vierzehn Millionen Toten gedacht werden soll, die Opfer des Weltkrieges geworden sind.

Die holländische Arbeiterschaft für den Proteststreik.

Haag, 8. Juli. Der Ausschuss des nationalen Arbeiterssekretariats in Holland hat in einer Versammlung mit der Arbeiterföderation beschlossen, den allgemeinen zehntägigen Streik am 21. Juli, der bereits von den französischen, britischen, italienischen und belgischen Arbeitern vereinbart wurde, zu unterstützen und sich daran für Holland zu beteiligen. Es werden weitere Unterhandlungen mit anderen Arbeiterverbänden geführt. Während sich der allgemeine Demonstrationstreik hauptsächlich gegen die Intervention in Rußland richtet, wünscht die holländische Streikbewegung damit eine Rundgebung gegen die Preissteigerung der Nahrungsmittel zu verbinden.

Die Unruhen in Italien.

Die Marine macht mit . . .

Lugano, 8. Juli. In Brescia nahmen 200 Marine-soldaten an einer Protestversammlung gegen die Lebensmittelsteuer teil. Auf die Aufforderung ihrer Offiziere, die Versammlung zu verlassen, erklärten sie es für ihr gutes Recht, an derartigen Versammlungen teilzunehmen. Die Offiziere ließen daraufhin Generalmarsch blasen. Trotzdem behaupteten die 200 Marinesoldaten ihren Platz.

Bevorstehende Putsche in der Türkei?

Haag, 8. Juli. „Hollandsch Nieuwsbureau“ meldet aus Paris: Ähnlich verlautet, daß sich die Türken an drei verschiedenen Punkten militärisch gegen die heutige Regierung organisieren. Offenbar aber sind sie den Italienern freundlich gesinnt. Die Griechen hingegen sind nunmehr sehr beunruhigt und verlangen von der Friedenskonferenz die Erlaubnis eine weitere Division nach Smyrna senden zu dürfen.

Die Liste der auszuliefernden Deutschen.

Berlin, 7. Juli. Einzelne Mütter, wie „Patrie“ und „Journal des Débats“, veröffentlichten die Liste der Deutschen, deren Auslieferung die Alliierten wegen Vergehens gegen die Kriegsgesetze und das Völkerrecht verlangen werden. Es werden genannt: Kronprinz Rupprecht von Bayern (Deportationen in Nordfrankreich), von Wadenstein (Brandstiftung, Diebstahl und Hineinbringen in Rumänien), General von Bülow (Niederbrennen von Andenne, Zerstörung Gefangener), Baron von der Landen (Cabel-Äffäre), Admiral von Capelle (Unterseebootkrieg), Leutnant Werner, die Kommandanten Valentiner und Forstner (Besetzung von Hospitalküchen), von Rantzau (Niederbrennen von Loewen), Major von Bülow (Besetzung von Verbot, Hinrichtung von 150 Gefangenen).

Demobilisation der französischen Armee.

Genf, 8. Juli. M. Der Unterstaatssekretär Deschamps hat in der Kammer den Regierungsbefehl bekanntgegeben, mit der Demobilisierung der französischen aktiven Armee zu beginnen. Monatlich sollen drei Jahrgänge entlassen werden, wodurch man hofft, mit der Demobilisation bis Ende Oktober fertig zu sein, falls nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten. Die Kammer nahm hierauf ein Vertrauensvotum für die Regierung an.

Friedensvertrag mit Oesterreich.

Ueberreichung Ende dieser Woche.

Amsterdam, 8. Juli. „Allgemeen Handelsblad“ meldet aus Paris, daß die Ergänzungen zu dem Friedensvertrag mit Oesterreich wahrscheinlich Ende dieser Woche überreicht werden würden. Sie werden gewisse Klauseln über territoriale, militärische, wirtschaftliche und finanzielle Fragen enthalten. Die entscheidende Antwort auf die zahlreichen Gegenanträge der Oesterreicher wird erteilt werden, sobald alle Gegenanträge empfangen sind.

Die Gurgelabschneider.

Der Münchener Prozeß gegen Mühlam, Wadler und Gen. hat schon am ersten Tage im vollen Umfang die traurige Tatsache enthüllt, daß große Arbeitermassen heute blindlings Leuten folgen, die nie und nimmer auch nur das bescheidenste Amt in der Arbeiterbewegung hätten bekleiden dürfen. Wir wollen gewiß nicht den Angeklagten, die jetzt die Folgen ihrer völligen politischen Unreife vielleicht schwer büßen müssen, irgendwiz ihre Lage vor dem Straftribunal erklaren, aber unsere Worte richten sich auch nicht gegen die Angeklagten, sondern gegen die Massen, die zu solchen Leuten blindlings Vertrauen hegen.

Das ist der Literat Mühlam, ein schwerer Hysteriker, in Berlin und München als ein origineller Staffehaus-Bohémien bekannt. Sozialdemokrat, das erklärt er selbst, ist er nie gewesen. Das war nicht „sein Geschma“. Natürlich die straffe Disziplin der organisierten Arbeitermassen, ihr March in Gleichschritt und Geschlossenheit, das ist nichts für solche irrlichternde Poëtiennatur, die in originellen Sprüngen herumtollten muß und nach Sentenzen schmachtet. Deshalb organisiert Erich Mühlam, wie er stolz sich rühmt, das „Lumpenproletariat“. Schiffsbrüchige, Deflaßierte, Bedroeder, Zuhälter usw. — das sind solchen Literaten natürlich viel wertvollere Typen als die langweiligen organisierten Arbeiter, die ein ruhiges und geordnetes Leben führen. Gewiß, vom Standpunkt des Literaten aus, sind solche Lappen zu verachten, und wenn die Organisation des Lumpenproletariats damit endete, daß die „Organisierten“ ihren Retter und Wohltäter bis auf's Genaue ausplünderten, so wirkt dieser Abschluß ein verhängnisvolles Licht auf das ganze, und man bedauert, daß die Sache für diesen im Grunde guten, aber übergezeichneten Merl jetzt so tragisch endet.

Ein schlimmerer Typ ist schon der Dr. Wadler. Mit lodernder Begeisterung ist er 1914 als Kriegsfreiwilliger heraufgezogen, hat es zum Leutnant gebracht und kam dann an das belgische Gouvernement. Dort war die Deportation der belgischen Arbeiter seine Haupt Sorge. Während die Gewerkschaftsführer und Mehrheitssozialisten, die Herr Wadler jetzt als Lumpen und Verräter beschimpft, leidenschaftlich gegen diese Schande protestierten, sorgte Dr. Wadler als patriotischer Bayer dafür, daß sein engeres Vaterland bei diesem Handel mit weichen Knien auch seinen Anteil abbekam. Er ist sehr unzufrieden damit, daß — hauptsächlich infolge des Einschreitens der Mehrheitssozialdemokratie — dieser Skandalhandel aufgehört hat und befürwortet in Richter und Eingaben an seine vorgelegte Behörden die Fortsetzung einer großzügigen belgischen Arbeiterdeportation. Dieser Mann, dessen Auslieferung die Entente, wie der Gerichtsvorsitzende bemerkt, unter Umständen verlangen könnte, steht nach der Revolution plötzlich als radikaler Kommunist da und schimpft alle „Verräter“, die Kopf und Beinenheit behielten, zu einer Zeit, in der er selber schlimmer roste als die schlimmsten Alldemokraten.

Wir wissen, daß diese Führer in ihrer Art nicht alleine standen. Da war mit ihnen in der Räteregierung Dr. Dipp, ein notorischer Geisteskranker, und Dr. Korbensfelder, der nicht nur als Mönch dem Kloster, sondern gleichfalls als Verführer dem Sanatorium entlaufen war, da war Silvio Gesell, ein nationalökonomischer Projektmacher, dessen Schriften gleichfalls auf den schmalen Grat zwischen Vernunft und Unvernunftsfähigkeit wandeln. Und solche Leute spielten nicht nur eine Rolle, nein, sie wurden an die Spitze der Regierung gestellt, als die Arbeiterschaft die Demokratie zum Teufel gelacht hatte! Traurig, traurig um die verirrtten Massen, die ein paar Verführer, Hebergeschmätzten und Haltlosen zuliebe die Herrschaft der Vernunft, ihre eigene Selbstregierung abzuwählen zu müssen glaubten.

Aber brauchen wir nach München zu gehen? Sind denn unter den Radikalen Groß-Berlins nicht ähnliche Elemente an der Spitze? Wie etwa der Kommunist Karl Tiedt, der früher Vorträge für den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie hielt? Erlebten wir nicht beim Eisenbahnerstreik, daß sich Gesellen in den Vordergrund drängten, die kaltblütig erklärten, „sein Mühlam dürfte hereingelassen werden, wenn auch einige Säuglinge mehr kriebelten, während des Krieges seien sowieso genug verreckt!“ — Und anstatt diesen frivolen und verbrecherischen Schwärzer dorthin zu schicken, wozu er gehört, wählen ihn die verbehten und aufgestochelten Eisenbahnarbeiter in den Arbeiterrat! Diese Leute, die großenteils vor ein und zwei Jahren noch Gelbe und Unorganisierte waren und jetzt kaltberzig grinsend über die Leichen verhungerrter Proletarierkinder schreiten, führen dann ungläubliche Getreben gegen die besonnen-

nen und geschulten Gewerkschaftsfunktionäre, sie verfassen schmetternde Flugblätter, in denen es — wie in einem uns vorliegenden — heißt:

Wer bestimmt denn? Ihr oder die Funktionäre? Sagt die Vertreter zum Teufel, sonst legt Ihr das Elfenbein von neuem wieder auf Eure Schultern.

So haben sie früher auch gegen die Gewerkschaftsfunktionäre getobt, nur damals als Gelbe von rechts, jetzt als Radikale von links.

In einer solchen Eisenbahnerversammlung ist dann auch das stolze Wort gepredigt worden, daß die Eisenbahner und überhaupt diejenigen Arbeitergruppen in erster Linie streiken müßten, welche die Hand an der Gurgel des Staates haben. Welcher Staat kann es wohl vertragen, wenn ihm dauernd das Messer von Leuten an die Kehle gesetzt ist, die gänzlich unerproben, von Leidenschaft beherrschten, haltlosen, zum Teil direkt unzurechnungsfähigen Führern nachlaufen? Wenn vergeht da nicht der Spatz, wenn ihm ein Mann seine Kehle umklammert, der seine Leidenschaften nicht zu meistern vermag? Die unabhängige „Freiheit“ hat gestern zur Entschuldigung der bestialischen Mörder Klüßers geschrieben, die Massen seien durch vierjährigen Krieg und Hunger so enternert, daß sie ihre Leidenschaften nicht mehr zügeln können. Was sein, aber sind solche Leute dann die Führer, die man dauernd mit einem Messer an der Kehle des Staates herumjucheln lassen darf?

Solche Leute, die tollkühn erklären, auf ein paar Säuglingsleichen mehr oder weniger läge es nicht an, machen sich natürlich kein Gewissen daraus, bei der ersten Gelegenheit zuzuschneiden. Vielleicht finden sie sogar ein sadistisches Vergnügen dabei. Ist doch schon zugeknippt worden. Fallen doch schon die Säuglingsleichen dichter, weil infolge der wilden Eisenbahnerstreiks, von denen immer mehr feststeht, daß sie von politischen Hoven geführt werden, die Lebensmittelzufuhr ins Stocken gerät. Die uns von allerberühmter Seite mitgeteilt wird, machen sich die Folgen der Streiks in der Lebensmittelversorgung schon deutlich fühlbar. Tausende von Wagen mit Lebensmitteln sind von den Streikenden aufgehalten worden. Die erste Folge davon ist ein scharferes Ansteigen der Preise für eine Reihe von Lebensmitteln; dadurch sind die Lohnnahmen und die Verdienste der Regierung zur Senkung der Lebensmittelpreise wirkungslos gemacht worden. Eine Reihe von Fischsendungen, Gemüse und Obst ist verdorben. Außer dem großen finanziellen Schaden sind dadurch große Mengen von Lebensmitteln der Bevölkerung entzogen worden, ein Verbrechen am Volke, das nicht scharf genug gebrandmarkt werden kann. Durch die Stilllegung des Verkehrs sind die Besitzer von Kleingärten in der Umgegend der Stadt für Tage nicht im Stande gewesen, die Gärten zu bearbeiten und ihr Vieh zu versorgen. Es wird gemeldet, daß dadurch eine Reihe von Kleinvieh untergegangen und Gartenerzeugnisse zerstört sind.

Das ist schon ein kräftiger Schnitt in die Gurgel des Staates, ein Schnitt aber, der Proletarierblut fließen macht. Im Interesse von Millionen und aber Millionen rufen wir: „Hand weg von der Gurgel des Staates!“ Wer an einer Stelle steht, von deren Funktionieren das Schicksal unzähliger abhängt, der hat die moralische Pflicht gegenüber der Gesamtheit, nur der Stimme der klaren Vernunft und der ruhigen Einsicht zu folgen. Aufgestaute Leidenschaft darf da nicht entscheiden, wo es sich um das Geschick der Gesamtheit handelt. Sonst wird die Hand an der Kehle des Staates zur Gurgelabschneiderin.

### Der Staatenausschuss für die Ratifikation des Friedens.

Der Staatenausschuss hat, wie die „D. A. Stg.“ meldet, der Ratifikation des Friedensvertrages zugestimmt.

## Säen und Ernten.

Im Herbst, da zischt der wilde, würgige Sturm die Pflanzen und sie verstreuen juchend ihre Früchte in die Winde; die Blätter, die herangewachsen mit den Blüten und Früchten, schütten sich mit den leuchtendsten Farben zu der heißen Zeit des Säens und lassen sich ladend vom Sturm zerren, wissen sie doch, er ist der Helfer, ihr Säemann, der die Samen umherwirft in das Land, auf daß sie ewig leben.

Sie aber, die Blätter, wissen, daß sie sterben, bevor die letzte Frucht der Wind entföhrt, hervor und verwelken und nicht mehr das Leben und Gedeihen dessen, was mit ihnen heranwuchs und die Frucht wurde, erleben.

Der Sturm geht durch die Welt, zischt uns Menschen an, alle die neuen Ideen, die Kundendüsteren, die während der letzten Menschenschöpfung gewachsen und gereift sind, fliegen als keimwärmende Früchte über die Erde.

Was scheidet und jammert ihr nach Ernte?

Wißt ihr nicht, daß der harte Winter vergeht, ehe eurer Zeit Samen keimen, blühen und wieder Früchte tragen?

Traurig ist es, zu wissen, daß wir nicht mehr das Wachsende, was wir gesät, schon ernten, traurig, aber es ist. Ist es denn nicht würdiger, zu wüten und zu toben, weil man noch selbst die während eines langen, heißen, gewitterreichen Sommers heranwachsenden Früchte spritzen sehen will, die neuen Gelebe in aller Stille erlösen will, die ihnen entsprechen?

Wir sind wissend, seien wir klug und hoffnungsvoll! Unsere Frucht ist die Revolution, die neue Zeit aber, die ihr entspricht, wird uns nicht mehr ihre Hüte bieten.

Aber es können die Samen unseres Lebens, unserer Arbeit, unserer Not nicht ungelebt verderben! Wir, wir werden und können es nicht mehr sehen. Ein schöner Gedanke, daß ein Menschleben Saat und Ernte einer Menschheitsumwälzung, eines Menschheitsaufstiegs umfassen könnte, aber ein Wahnsinn, ein falscher Gedanke.

Lassen wir uns nicht von ihm in Verzweiflung jagen, nicht beugen zum Zwangswillen eines Unmöglichen, befehlen wir uns und beschneiden wir uns.

Unsere Ernte und unsere Früchte sind diese Tage, ihr Gedeihen, ihre Ernte liegt weit, weit vorn in der Zukunft — wir können sie nur genießen, indem wir sie schon jetzt gewaltsam erntungswollen.

## Hermann Müller für die Erfüllung des Friedens.

### Die Aufgaben unserer Außenpolitik.

Berlin, 7. Juli. Der Sonderberichterstatter des Svenska Telegrafbyrån, Herr Frederiksson, hatte heute eine Unterredung mit dem Reichsminister des Auswärtigen Hermann Müller über die ersten Aufgaben der deutschen Außenpolitik nach Unterzeichnung des Friedens, in der der Minister u. a. ausführte:

Es kann nicht so gering wiederholt werden, daß Deutschland seine Unterzeichnung in Versailles ohne Hintergedanken unter den Vertrag gesetzt hat, der ihm so schwere Verpflichtungen auferlegt. Wir haben die ganze Welt zu Gegenpartnern und in einem solchen Falle kann man nicht darauf rechnen, sich der Ausführung des Vertrages zu entziehen. Wenn irgend einmal in der Welt, gilt hier der Satz, daß Ehrlichkeit die beste Politik ist. Ehrlichkeit bei Ausführung dieses Friedens ist für uns nicht nur ein Gebot der Ethik, sondern auch des politischen Vorteils. Ich werde jede Politik als verwerflich belächeln, die in diesem Punkte anders denken sollte.

Unsere Außenpolitik ist ganz unabhängig davon, ob wir in den Völkerbund eintreten oder nicht. Der unter Wilsons Einfluß zustande gekommene Völkerbund läßt noch immer den Krieg als gewissermaßen letzte Vorkriegsmaßnahme bestehen. Wir wollen den Krieg aus der Reihe der völkerrechtlich erlaubten Mittel ausschalten. Ich bin der Überzeugung, daß dies möglich ist. Ich bin dieser Überzeugung, weil ich Sozialist bin und meine sozialistische Gesinnung als Minister des Auswärtigen nie verleugnen werde.

### Heimkriegers Wutgekreisch.

#### Hinterfrontler — aber kein Feigling.

Den Grafen Reventlow hat es sehr verdrossen, daß wir ihn, den erstklassigen Frontkämpfer, in seiner ganzen Heimkriegerischen Größe porträtieren haben. Er legt die Feder eines seiner nachgeordneten Schreibkulis in Bewegung, um den etwas rosig gewordenen Reventlowischen Kriegserfolg wieder aufzurollieren. Er erwacht dabei aber leider einen sehr unglücklichen jungen Mann, der noch schlechteres Deutsch schreibt als der Meister selber (mogu viel gehört), und dessen ganze journalistische Kunst darin besteht, daß er uns mit einigen Hauscheldeln aus dem agrarischen Schimpfereien begießt, als da sind: „Lummelien“, „vorkrieglicher Schmierfink“, „journalistischer Wegelagerer“ usw.

Auf unsere sachlichen Feststellungen über die Person des Grafen Reventlow weicht dieser junge Schreibkuli nur zu erwidern, daß sie bereits von anderer Seite gelegentlich vorgebracht worden sind, ein Umstand, der uns nicht gerade gegen ihre Richtigkeit zu sprechen scheint. Da uns aber der Reventlowische Schreibkuli in diesem Zusammenhang „Mangel an Originalität“ vorwirft, so sind wir selber genötigt, ihm diesen Vorwurf zurückzugeben. Er bestätigt seinem Meister pathetisch: „ein Reventlow ist kein Feigling!“ — Das ist auch nicht original, es erinnert uns an einen Vorfall, der sich zur Zeit des berühmten Reichstagspräsidenten v. Fregesgetragen hat. Ein Zuhörer hatte etwas von der Galerie in den Sitzungssaal geworfen. Am nächsten Tage eröffnete Herr v. Freges die Sitzung mit den Worten: „Meine Herren! Ein Morgenblatt hat geschrieben, ich sei bei dem gestrigen Vorfall blag geworden. Meine Herren, einer dieser von Freges wird niemals blag.“ Das fröhliche Gelächter, das diese Worte quittierte, möge auch dem Grafen Reventlow gelidmet sein, der zwar der Typ des Heimkriegers, aber beileibe kein Feigling ist.

### Die „Freiheit“ schweigt sich aus.

#### Eine dritte Anfrage.

Die „Freiheit“ glaubt uns gegenüber mit Genugtuung feststellen zu können, daß sie am Montag früh doch noch die Erklärung der Regierung zu ihren „Entschuldigungen“ gebracht hat. Das ist keine Entschuldigung. Nachdem die „Freiheit“ in der sensationellsten Aufmachung Wahlenlang von der Sache erzählt hatte, war es Gebot der einfachsten journalistischen Anstandsspflicht, die Nichtigstellung der Regierung, die den

Es läßt sich die Welt, die Natur nichts abtropfen, zerstören ist leichter als leiden — aber wissen wir nicht, daß unserer Tage Saat keimen muß? Rog uns das genügen, es muß uns genügen. Saul u. S.

### Die Zukunft der fürstlichen Kunstbanten.

Die in Berlin stattfindende Tagung für Denkmalpflege hat gestern nach Vorträgen von Dr. Dübner, dem Berater des Finanzministers, von Prof. Radomski, der die preussischen Aufgaben dieses Gebietes bespricht, und anderen Berichterstattern aus den Einzelstaaten einstimmig folgende Entschlüsse gefaßt:

Die Teilnehmer der erweiterten Ausschusssitzung des Tages für Denkmalpflege treten dafür ein: 1. daß bei der Auseinandersetzung zwischen den fürstlichen Häusern und den Staaten die bislang im Besitz der Fürsten befindlichen Vandenkruiser, vor allem die Schlösser und sonstigen fürstlichen Wohnsitze, mit ihren Gartenanlagen sowie der darin befindlichen künstlerisch bedeutungsvollen Ausstattung, als Zeugnisse deutscher Kunst- und Kulturentwicklung dauernd erhalten bleiben, um den Kunst- und Nationalismus des Volkes zu stärken und die Volksehrung nach allen Richtungen zu fördern; 2. daß nach Wahgabe vorübergehender Grundstücke die Denkmäler, die dem Staat aus fürstlichem Besitz anfallen, nicht verworfen werden dürfen zu einem Zweck, der ihre künstlerische und geschichtliche Bedeutung beeinträchtigt oder ihre Erhaltung gefährdet; 3. daß bei der Auseinandersetzung zwischen fürstlichen und staatlichem Besitz dahin gewirkt werde, daß auch die im Besitz der fürstlichen Familien verbleibenden hervorragenden Kunstgegenstände nach Möglichkeit entsprechend ihrer geschichtlichen und künstlerischen Eigenart erhalten bleiben; 4. daß, da nunmehr der staatliche Besitz an Bau- und Kunstdenkmälern einen überaus wertvollen Zuwachs erhalten wird, der allen Förderern der Denkmäler der Denkmalpflege Rechnung getragen werden soll, wonach auch dieser Verbleib der Zuständigkeit der beruflichen Organe der Denkmalpflege zu unterwerfen ist.

Für das Berliner Schloss schlägt Prof. Radomski die Umwandlung in ein Preussisches Museum vor, dessen Bedeutung durch die Namen Schadow, Schinkel und Rauch vor allem gekennzeichnet sein würde.

### Die Frage der Einheitschule.

Am Pädagogischen Institut des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht wurden Anfang zur Frage der Einheitschule folgende Leitsätze angenommen:

A. Allgemeine Grundsätze für die Neugestaltung des Schulwesens: 1. Das gesamte öffentliche Schulwesen soll auf einer gemeinsamen Grundschule aufgebaut und vom Geiste der Selbstverwaltung und Selbstregierung durchdrungen sein. 2. Die neue Schule muß den mannigfaltigen Interessen und Begabungen nach Art, Grad und Geschwindigkeit der Entwicklung angepaßt sein. Sie wird deshalb dem Vertriebsalt nach nicht nur mit den Wissensgütern, sondern vor allem auch mit den praktischen, technischen und sozialen Gütern arbeiten müssen. 3. Die neue Schulorganisation muß alle die mannigfachen Schularten, die sie

Zeitungen am Sonnabendabend zuzug, ihren Lesern am Sonntag früh bekanntzugeben und sie nicht erst 24 Stunden lang in ihre Schreibstischschublade zu legen. Wenn die „Freiheit“ am Sonnabend aus irgendwelchen technischen Gründen am Abdruck der ganzen Erklärung verhindert war, so mußte sie wenigstens auf die Tatsache des Vorliegens einer Gegenerklärung hinweisen. Aber freilich, diese vernichtende Nichtigstellung hätte auf die Gemüter der erhitzen „Freiheit“-Leser wie eine kalte Dusche gewirkt und deshalb hat man es vorgezogen, erst die Sache etwas verrauschen zu lassen.

In ihrer heutigen Morgenausgabe erzählt die „Freiheit“ zehnmal von ihr Gejagtes zum ersten Mal, aber auf unsere nun zweimal gestellte Anfrage schweigt sie mit eiserner Beharrlichkeit. Wir haben bekanntlich gefragt, ob die „Freiheit“ erklären will, doch nirgends in Deutschland, wenn auch nicht von bestimmten Parteien ausgehend, geheime Verhandlungen mit dem Ziel bewaffneter Erhebung bestanden. Wir haben ferner gefragt, ob die „Freiheit“ erklären will, daß es keine unabhängigen und kommunikativen Spindel in Regimentsstellen und bei Truppenteilen gibt.

Wir wollen unsere Anfrage heute durch eine dritte ergänzen: Ist die „Freiheit“ bereit, zu erklären, daß für die Informationen, die sie aus dem Eden-Gatel bezog, dem Ueberbringer nichts gezahlt worden ist?

### Der Prozeß gegen den Exkaiser.

#### Nicht im Namen des Völkerbundes.

Amsterdam, 8. Juli. Der Parlamentsberichterstatter der „Times“ erzählt, daß der kleine Kabinettsausschuss und einige Rechtsgelehrte damit beschäftigt sind, für die englische Regierung einen Bericht über alle Fragen, die mit dem gerichtlichen Verfahren gegen den früheren deutschen Kaiser und die anderen Deutschen, die der Uebertretung der Gesetze der Kriegführung beschuldigt werden, aufzustellen. In diesem Bericht werden einige unklare Punkte aufgeführt. Es wird 1. erklärt, daß kein besonderes Gesetz für die Bildung der militärischen Gerichtshöfe notwendig sei, vor denen die weniger hochgestellten Deutschen erscheinen sollen. Diese Gerichtshöfe können durch königliche Verordnungen ernannt werden. Zweitens wird in dem Bericht gesagt, daß die Prozesse nicht im Namen des Völkerbundes geführt wurden.

### Englische Stimmen gegen die Verurteilung Wilhelms II.

Amsterdam, 8. Juli. Der Londoner Vertreter des „Telegraph“ meldet: In der Presse werden Stimmen gegen die gerichtliche Verfolgung des früheren deutschen Kaisers laut. Es wird die Frage aufgeworfen, ob es ratsam sei, einen formellen Prozeß gegen ihn zu führen, und ob es verhältnismäßig wäre, ihn zu einem Märtyrer zu machen. „Daily News“ meint, daß der Scheitern des Thrones schon Strafe genug sei. Andere bezeichnen London nicht als den geeigneten Ort für den Prozeß. „The Times“ schreibt: Ruh England der Gefangenenwärter von Europa sein? Saint Helena und Scapa Flow sind keine Enttarnung dafür. „Evening Standard“ übertrifft aber glückliche vorurteilsfreie Mann sei von der Schuld des früheren Kaisers überzeugt; warum sich nicht damit begnügen und kurzen Prozeß machen? Die Welt hat Wohlgefallen an nur Das Wort wünsche eine genaue Untersuchung der in Betracht kommenden Dokumente, der das Urteil auf dem Fuße folgen müsse. Die Anwesenheit des Angeklagten ist nicht notwendig. Trotz dieser Auslassung herrscht in gut unterrichteten Kreisen die Ansicht, daß der Prozeß dennoch stattfinden wird.

Berichtigung. In der am 5. Juni herausgegebenen Meldung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenfonditars über die Verammlung der Jodendörfer ist zu berichten, daß die neubestimmten Richtpreise für Kohlen und Koks nicht ab 16. Juli, sondern ab 16. Juni gültig sind.

den Begabungen und Verufen gemäß einzurichten hat, in hufenweiser Abzweigung aufbauen, in ein einheitliches System mit tuischlich zahlreichen Uebergangsmöglichkeiten bringen und unter einheitliche behördliche Leitung stellen. 4. Die neue Schule muß trotz ihrer Gestaltung nach Veranlagungen, Begabungen und Verufen in ihrem Ziele stets den Menschen im Auge haben. Sie darf den Menschen nicht im Berufsarbeiter untergehen lassen. 5. Alle Schulgesetze dürfen nur Rahmengesetze sein, innerhalb deren die Freiheit der einzelnen Schulträger nicht beeinträchtigt werden darf.

B. Einzelheiten der Neugestaltung: 1. Die gemeinsame Grundschule muß mindestens vierjährig sein; es soll aber den Schulträgern gestattet sein, den gemeinsamen Unterricht bis zu sechs Jahren weiter auszubauen. Versuche mit der weiterausgebauten Grundschule sind in möglichst weitem Umfang ohne Bezug anzustellen. 2. Im Anschluß an die Grundschule sind nach Bedarf Kindergärten einzurichten für die Kleinkinder, die der besonderen geistigen Pflege bedürfen. 3. Als geradlinige Weiterführung der Volksschulen sollen Aufbauschulen als neue Form der höheren Schulen eingerichtet werden. („Arbeitsgemeinschaft“). Bei Anlage des neuen Lehrplanes muß auch in diesem Falle leitender Grundsatze sein, daß die Höhe der als Ziel beim Uebergang zur Hochschule erreichten Geistesbildung gegen den bisherigen Stand nicht vermindert werden darf. 4. Die Aufbauschule ist vornehmlich als Gesamtschule einzurichten zur Aufnahme der besonders beanlagten Schüler und Schülerinnen vom Lande und aus kleinen Städten. 5. Es soll ein Ausschuss eingesetzt werden zur Beratung der Ziele, der Einrichtung und des Lehrplanes der Aufbauschulen. Diesem Ausschuss soll der zu 3 und 4 gestellte Antrag Ziehen überwiesen werden. 6. Es soll ein Ausschuss eingesetzt werden zur Beratung der künftigen Gestaltung der Mittelschule und der künftigen Gestaltung der Oberstufe unseres Schulwesens. 7. Es soll ein Ausschuss eingesetzt werden für die Beratung der künftigen Gestaltung des Fortbildungswesens und des Hochschulwesens im Rahmen des Gesamtschulwesens. 8. Es soll ein Ausschuss eingesetzt werden zur Beratung der künftigen Gestaltung der Lehrerbildung. Es besteht Einverständnis darüber, daß bei der Beratung die Frage der Oberlehrerbildung nicht ausgeschlossen bleiben soll. 9. Es soll ein Ausschuss gebildet werden zur Beratung der Frage der Schullerauflese.

Unter „Ziehen“ zu B 3 und 4: In den weiter fortzubehaltenen drei bisherigen Typen der künftig als Studienanstalten zu bezeichnenden höheren Schulen soll an dazu geeigneten Stellen zunächst als vierter Typ der einer auf der Oberstufe der Volksschule sich aufbauenden Oberschule (Ingenieur, die mit gleichen Rechten wie die übrigen höheren Schulen ausgestattet sein soll. Durch zunächst umfassende weitere Versuche ist festzustellen, wie weit die Volksschule, besonders an den Orten, deren Verhältnisse die Unterhaltung einer weiteren Schulart nicht gestatten, durch besondere Gestaltung des Lehrplans oder ergänzende Veranstaltungen in den Stand gesetzt werden kann, entweder die Aufgabe der entsprechenden Stufe der Mittelschule oder höherer Schule mit zu übernehmen oder zu einer im Interesse des längeren Verbleibens der Kinder im Elternhaus zu

Ueber die Lage Koltshaks, des von der Entente begünstigten Generalis der Gegenrevolution, wird uns von informierter Seite geschrieben:

Sibirien stellt absolut keinen einheitlichen Staat dar, so wie dies im Sowjetrußland der Fall ist, sondern ist vollständig zersplittert durch eine Unmenge Republikiten, von denen der größte Teil Sowjetrepublikiten sind. Eine derartige Lage hat im Rücken der Koltshakarmee eine völlig unsichere Situation für die letztere geschaffen. Die Unmenge Republikiten kämpfen gegen die Regierung Koltshaks, es haben sich Guerrillaabteilungen gebildet, die Vorzüge von den einzelnen weit ab von der Bahnstrecke gelegenen Republikiten unternehmen; und zwar ist es verschiedene solcher Abteilungen gelungen, des öfteren die Bahnstrecke zwischen Wladivostok und Petim derartig zu gefährden, daß mitten innehalb der Tages seine Güte aus Ostibirien in Tomsk eintrifften konnten; am schlimmsten ist die Eisenbahnstrecke zwischen Marinskaja und Irkutsk bedroht. Derartige Guerrillaabteilungen verfolgen die Güte zwischen diesen Stationen, und zwar hat man beobachtet, daß innerhalb einer kurzen Zeit 14 Staffeln von militärischen Jägern von den Guerrillas zum Entgleisen gebracht waren. Die Tomsker Zeitungen sind außerdem voller Nachrichten über Bauernaufstände im Kreise Biskaj und Barnaul. Die härteste Sowjetrepublik in Sibirien dürfte wohl die von Biogorschtschen und Ardanofsk sein. In dieser Republik gehören noch die Städte Kischinsk und Kamal. Diese Republik verfügt über eine regelrechte rote Armee, die eine heidnische Streitmacht darstellt und über Artillerie und moderne Kriegstechnik verfügt. Diese Republik wird von japanischen Truppen belagert und bekämpft. Japanische Schlangen geben ihrer Verwunderung darüber Ausdruck, daß sie bei den Kämpfen mit dieser Sowjetarmee Sibiriens amerikanische Soldaten gefangen nahmen. Als die siebente Kavalleriedivision Koltshaks abgefertigt wurde, zerstreute sie sich unterwegs vollständig und ein geringer Teil, der an der Front eintraf, ging zur großrussischen roten Armee über.

Der Kommandeur der großrussischen Sowjetarmee dürfte die revolutionäre Bewegung innerhalb Sibiriens zu immer stärkerem Ausbruch bringen. Alles dies ist natürlich den Führern der Entente nicht unbekannt und da sie sich selbst nicht genügend stark fühlen, nur geführt auf ihre eigenen Kräfte, der ganzen revolutionären Bewegung in Sibirien Herr zu werden, zögern sie mit der Anerkennung Koltshaks.

Obwohl auch Sowjetrußland mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, so sind diese doch ganz anderer Natur als diejenigen, mit denen die Regierung Koltshak zu tun hat. Die Lage Koltshaks ist unendlich schwieriger und schwieriger als die Sowjetrußlands. Aus diesem Grunde ist man sich davon überzeugt, daß seine Herrschaft über kurz oder lang zusammenbrechen muß. Mit diesem Tage wird dann Sowjetrußland vom Kampfe mit Ostirland befreit sein, um alle seine freigeordneten Kräfte gegen Polen und die übrigen westeuropäischen Völker der Entente zu werfen. Deren Ende wird dann ebenso katastrophal eintreten wie das unvermeidliche Ende Koltshaks.

### Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit England.

Amsterdam, 8. Juli. (All) Reuters meldet aus London vom 7. Juli: Im Unterhaus hat der Minister des Auswärtigen, Cecil Harmsworth, mitgeteilt, daß die englische Regierung beabsichtigt, die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland bald nach der Ratifikation des Friedensvertrags wieder anzuknüpfen. Allerdings werde diese Frage noch erwogen. Es sei noch nicht möglich, bereits jetzt Namen zu nennen.

### Das Revolutionsidyll in Peru!

Lima (Peru), 7. Juli. (Havas.) Unter Agosto Leguia als Präsidenten der Republik ist eine neue Regierung gebildet worden mit Velasco Botros als Ministerpräsident an der Spitze. Die Lage ist normal und die Ruhe wurde nirgends gestört.

nicht späten Ueberführung zur höheren, oder Hochschule vorzubereiten.

Die Einschulungskarte der staatlichen Bezirke sowie der Städte ist im Sinne der vorstehenden Bestimmungen mit dem Ziele tunlichster Ausgestaltung der Einrichtungen auszugestalten.

### Kleines Theater: Unter'm Baume der Erkenntnis.

Der scharfe noch im ersten Stadium dramatischen Arbeitens lebende Joseph Meyer-Reichlin hat hier ein Unterhaltungsdrama geschaffen, das ein ernstes Thema umschließt und ganz besonders durch seine aus dem Leben gegriffenen Typen wirkt. René Gilbert, ein junger Dichter, tritt in seinem Erstlingsdrama für die hemmungslose Freiheit des einzelnen ein. Die Darstellerin der „Eva“ in seinem „Verlorenen Paradies“, das verkörperte Weltmüde von heute, weiß den unerfahrenen Dichter gefickt an sich zu fesseln. Sie ist das, was er sucht, seine Welt, für die er kämpft. Sie ist die ehemalige Geliebte des Chefredakteurs des konservativen Blattes, der vergebens den Dichter zur Zurücknahme des Stückes zu bewegen sucht. Er offenbart dabei seine Beziehungen zu Orla. Das Stück erlebt durch Orla einen glänzenden Erfolg. Die beiden Abenden verwunden sich gegenseitig im Duell. Der Dichter erlebt so in der Verletzung der von ihm verfochtenen persönlichen Freiheit eine arge Niederlage. Er gibt Orla auf und kehrt zu seiner Jugendliebsten zurück.

Der Epilog des Stückes ist die notwendige Gedrungenheit. Die Liebeszene im ersten Akt ist so schön. Dagegen ist die Szenenprobe zwischen René und Orla recht wirksam, ebenso die Streitzene zwischen René und dem Chefredakteur. Daß das Stück beifällig aufgenommen wurde, war bejüngertes Engenie Schuld zu danken. Sie spielte hervorragend treffend die Weltbühne Orla. Herr Eberhard ebenso den Chefredakteur v. Ranow. Ernst Waldow als René hätte viel mehr Temperament, viel mehr Einleben in die Rolle beweisen müssen. K. H. K.

### Notizen.

— **Vorträge.** Die Gesellschaft für individualistische Kultur, in der sich die Anhänger der Philosophie Steiners zusammenfinden, veranstaltet am 14. Juli, abends 8 Uhr, im Säubel-Saal eine öffentliche Veranstaltung, in der Hans Pieper, Herr Lehmann, August Kusch sprechen. Ranowa trägt Oroschen vor. — In der Treptow-Steinwarte spricht morgen abends 7 1/2 Uhr, Prof. Otto Wasslin über „Die Inseln der Ozeane“, unter Vorführung zahlreicher Diapositive.

— **Anuga.** Eine „allgemeine Nahrungs- und Genussmittel-Ausstellung“ wird Ende September in Stuttgart im Handelshof vom Reichsverband deutscher Feinloft-Kaufleute veranstaltet. Sie wird auch Reichswien und Kochspatate zeigen. Die Geschäftslernung befindet sich in Berlin SW. 48, Friedrichstraße 225.

— **Theaterbrand.** Im Hamburger Theatraltheater brach gestern abend während der Vorstellung Feuer aus, das den Requisitenraum und einen Teil der Bühne zerstörte.

rie.

Die Börse glaubt aus den vorliegenden Nachrichten auf neue innere Schwierigkeiten schließen zu müssen und eröffnete daher in schwächerer Haltung. Viellosch wurden Abgaben vorgeschlagen, die zum Teil erhebliche Kurseindringen im Gefolge hätten. Für Montanwerke speziell verstimmt die Streifenachrichten aus Oberschlesien. Oberbischlesische Werte gab es daher härter noch. Im Angebot fanden Johann Schiffahrtaktien, die sich später aber etwas erholen konnten. Farbwerke verloren bis 7 Proz. Aktionärsaktien, Kolonial- und Kalipapier waren still. Höher bewertet wurden Kanadabahn, Ostbahn und türkische Tabakaktien. Heimische Anleihen waren wenig verändert, Kriegsanleihen etwas 70%.

## Groß-Berlin

### Ein Aufruf des Groß-Berliner Bürgerrats.

Seit heute morgen prangt an den Uffahsäulen ein größerer Aufruf, in welchem der Bürgerrat auf den Vertragsbruch der Straßenbahnen verweist und an die Verwaltung der Bahn die Anforderung richtet, den Streikenden ein Ultimatum zur Wiederaufnahme der Arbeit zu stellen. Falls dieselben in der angegebenen Frist den Dienst nicht aufnehmen, würden Tausende von Ingenieuren und Technikern bereit sein, vorübergehend als Führer und Schaffner aufzutreten.

Wir würden diesen Weg, den Groß-Berliner Verkehr wieder in Gang zu bringen, für den ungeeignetsten halten. Wie man auch zu dem Zustand stehen mag, die Wiederaufnahme des Verkehrs durch allgemeinen Streikbruch wird auch die unter den Verkehrs-schwierigkeiten am meisten lebende minderbemittelte Bevölkerung nicht helfen. Es muß doch wohl möglich sein, eine Brücke der Verständigung zu schlagen, um in Bälde die Wiederaufnahme des Verkehrs zu tätigen!

### Die Ringbahn wieder im Betrieb.

Der Ringbahnverkehr ist heute morgen in vollem Umfang wieder aufgenommen worden. Es verkehrten auch die Güte Spandau—Strausberg, die, wie immer, über die Fernleitung gehen. Es ist also nur noch der Stadtbahnverkehr vom Schlesischen Bahnhof bis Bahnhof Charlottenburg gesperrt. Jedoch ist zu erwarten, daß der gesamte Stadtbahnverkehr am Donnerstag wieder aufgenommen werden können. Voraussetzung dafür ist, daß die Reparaturarbeiten in den Werkstätten weiter so günstig verlaufen wie bisher.

### Beilegung des Ärztekreises im Kreise Niederbarnim.

Die Verhandlungen zwischen der Kassenärztlichen Vereinigung und der Ortskrankenkasse des Kreises Niederbarnim haben gestern zu einem Teilergebnis in der Weise geführt, daß zunächst einer der Hauptstreitpunkte, die Frage des Selbstbestimmungsrechts der Kassenärzte bei der Wahl des Vertrauensarztes, zugunsten der Kasse entschieden worden ist. Ueber die nächsten Streitpunkte wird Anfang nächster Woche verhandelt werden. Die Kassenärzte haben daraufhin beschlossen, von heute ab ihre kassenärztliche Tätigkeit wieder aufzunehmen, und es ist zu hoffen, daß es auch wegen der anderen noch streitigen Punkte zu einer ebenso befriedigenden Lösung kommen wird.

### Ein neuer Mord.

Heute morgen ist im Südosten Berlins, im Hause Reichenberger Straße 141, der 34 Jahre alte Fischhändler Friedrich Günther ermordet worden. Seine Verkäuferin, die Witwe Elisabeth Krahl, ist lebensgefährlich verletzt worden. Der Täter ist unerkannt, entflohen. Auf seine Ergreifung ist eine Belohnung von 5000 M. ausgesetzt.

Die Tat ist gegen 3 Uhr geschehen. Um diese Zeit hörte die Hauswirtsin aus dem unter ihrer Wohnung liegenden Laden des Fischhändlers Geräusche und dumpfe Geräusche, die auf einen Kampf schließen ließen. Man versuchte zunächst von der Straße aus in den Laden zu gelangen. Die Tür war jedoch verschlossen und wurde erst später von Frau Krahl geöffnet, die über und über mit Blut bespritzt war. Die Nordkommission stellte fest, daß Günther bereits tot war. Die aus einer Brust und mehreren Kopfverwunden stark blutende Frau wurde nach dem Krankenhaus gebracht.

Die Besichtigung des Tatortes ergab, daß sich in dem Wohnzimmer des Fischhändlers ein scharfer Kampf abgespielt hat, in dessen Verlauf der Mörder den Fischhändler Günther und die Verkäuferin Krahl durch Brustschüsse und Verwundungen schwer verletzt hat. Der Täter soll ein 32 bis 35 Jahre alter, etwa 1,80 Meter hoher Mann mit dunklem Jacketanzug und dunklem, artschonend weichem Hut sein. Er muß sich bei der Tat selbst mit Blut bespritzt haben. Durch die rasche Entdeckung des Verbrechens hat er auch keine Zeit mehr gefunden, sich vom Blute zu reinigen. Ebenso scheint er nicht dazu gekommen zu sein, sich irgendwelche Wertgegenstände anzueignen. Denn geraubt worden ist, wie die Feststellungen ergeben haben, nichts.

### Billigere Vorortkarten für Beamte.

Der Vorstand des Verbandes deutscher Beamtenvereine hat dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten eine Eingabe unterbreitet, in der eine Verbilligung der Monatskarten für die auf den Vorortverkehr in Groß-Berlin und anderen Großstädten angewiesenen Beamten erstrebt wird. Die steigende Ausgabe an Fahrgehl bedeutet für die unter allen Umständen auf den Vorortverkehr angewiesenen Beamten eine starke Belastung, die um so schwerer ins Gewicht fällt, als die Wohnungsmieten und die Preise für alle Lebensbedürfnisse im Laufe des Krieges eine ganz außerordentlich hohe Höhe erreicht haben. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß die Arbeiter schon von jeher einen Vorzug gegenüber anderen Bevölkerungsklassen dadurch genossen, daß ihnen die Benutzung besonders billiger Arbeiterwohnanlagen für den Stadtbahn- und Vorortbahnverkehr gestattet wurde. Die sozialen Verhältnisse hätten sich aber von Grund auf verschoben. Heute sei die wirtschaftliche Lage der Beamten erheblich schlechter.

Für die Militarisierung der Sicherheitspolizei schreibt und ein rheinischer Polizeimeister folgende bemerkenswerte Gründe, die wir mitteilen, weil wir öfter auch über die Geistesrichtung gegen die Militarisierung berichtet haben und bekanntlich eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede, man soll sie billig hören alle beide. Also: Wenn die Polizei in Volkshäusern, Kriminal- und Sicherheitspolizei geteilt werden soll, so läßt sich nicht das geringste gegen eine Militarisierung der Sicherheitspolizei einwenden. Denken wir nur an die ständige Bereitschaft, um bei vorkommenden Plünderungen, Tumulten, Aufräumen, Absperrungsmassnahmen bei Großfeuer, Verfolgung von flüchtigen Verbrechern usw. sofort zur Stelle zu sein. Auch menschliche Rücksichten kommen in Frage. Bei den politisch so unruhigen Zeiten wird es oft auch noch jahrelang zu Gewalttätigkeiten gegen die bestehende Ordnung kommen, die schlichtlich mit Waffengewalt niedergeschlagen wird (selbst wenn Sportklub oder die U. S. P. aus Ruder kommen sollten). Wird man dann nicht lieber unverheiratete, junge Leute verwenden als

Beamt, die eine größere Familie haben? Bei Aufräumen und dergleichen steht der Sicherheitsbeamte unter Aufsicht und Führung von Vorgesetzten und kommt dann mit dem Publikum überhaupt nicht persönlich verantwortlich in Berührung. Die meisten Diensthandlungen, die eine genaue Selbsteinsicht und Kenntnis der Umgangsformen verlangen, verbleiben doch die Wohlfahrts- und Kriminalpolizei. Es ist stets völlige Entmilitarisierung, Ablegen des Säbels, Verschaffung anderer Uniform (halb Zivil, halb Uniform) usw. gefordert worden. Jetzt kommt die Regierung dieser Forderung nach, nun ist es auch nicht richtig. Wenn die Schwarmmannschaft entmilitarisiert, das heißt doch auch entwaffnet ist, wie will sie denn dann Aufstände verhindern? Wenn wir 100 000 Mann Truppen halten dürfen, wer will es dann einer Regierung verscheln, wenn sie dem Staat in der Polizei eine starke Stütze zu errichten sucht.

Eine sozialdemokratische Schwannmannszeitung erscheint seit kurzem in Wien. Sie nennt sich „Die Volkspolizei“.

Falsche Arbeiterratsmitglieder. Vom Arbeiterrat Charlottenburg werden wir um Aufnahme der nachstehenden Erklärung gebeten: In den letzten Tagen sind in zwei Fällen angeblich von Mitgliedern des A. und S. Rates unter Verzeigung einer Legitimation Hausdurchsuchungen vorgenommen und Waren usw. beschlagnahmt worden. Wir machen hiermit bekannt, daß von uns niemand ermächtigt worden ist, Hausdurchsuchungen vorzunehmen und wir bitten daher im Wiederholungsfall diejenigen Personen, selbst wenn sie sich als Mitglieder des A. und S. Rates legitimieren sollten, sofort verhaften zu lassen.

In der Innungsversammlung der Baderinnung führte Obermeister Müller lebhafte Klagen gegen den Magistrat. Das bisherige System sei zusammengebrochen. In Zukunft werde das Baderinnungswerk Anteil an der Verwaltung bekommen. Der Brotpreis sei zu niedrig und die Kaffelaktion enthalte jetzt große Fehler.

Konrad Marx sprach über „Bürgerthum und Kommunalisierung“ und verbreitete sich eingehend über Ziele und Zweck des Bürgerthums. Er wandte sich in seinen Ausführungen gegen die Arbeiterräte und gegen die Regierung. Die Regierung verleihe den Hunger aus parteipolitischen Gründen nicht. Er trat entschieden für Wiedereinführung des freien Handels ein und wandte sich gegen die Kommunalisierung. Eine Auslösung zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern müsse zwar erfolgen, doch könne dies durch die Sozialisierung, die ein Anfang sei, nicht erreicht werden. Es müsse der Arbeiter am Produktionsprozeß interessiert werden, man müsse auch ihn zum Unternehmer machen.

Religiösaufklärung in der Kinderheilstätte. Uns wird geschrieben: Ich habe seit drei Wochen meinen Sohn in der Kinderheilstätte der Heilstätte bei Juchow zur Erholung gesendet. Es sind dort Arbeiterkinder im Alter von 5 bis 13 Jahren von der Landesversicherungsanstalt Berlin zur Erholung untergebracht. Mädchen und Knaben. Von meinem Sohn wurde mir erzählt, es gebe dort sehr fromme Zu, und zwar mühten die Kinder vor jeder Mahlzeit Gebete zu sprechen, ebenso beim Schlafengehen. Der Einheber fragt mit Recht, wer hat diese Bestimmungen getroffen, die Landesversicherung oder die Anstaltsverwaltung, oder sollten es vielleicht die Pflegerinnen im Interesse der Religionsfreiheit unternehmen haben?

Legitimationskarten für Deutschösterreicher. Bezugnehmend auf die vom Auswärtigen Reich in Berlin veröffentlichten Notizen teilt die deutschösterreichische Gesandtschaft zur Ausstellung mit, daß die von dem Auswärtigen Reich angebotene Legitimationskarte für deutschösterreichische Staatsangehörige in Deutschland keine Pässe, sondern nur Legitimationskarten sind, denen der Charakter von Reiseokkupanten zukommt. Die Gültigkeit jeder einzelnen Legitimationskarte ist durch das je nach dem Wohnort der Partei zuständige deutschösterreichische Konsulat zu bestätigen. Für die Erwerbung solcher Legitimationskarten besteht jedoch kein Zwang und darf für deren Ausstellung keine Gebühr erhoben werden. Die Gültigkeit dieser Legitimationskarten erlischt mit dem Zeitpunkt der Neueingabe der deutschösterreichischen Papierschreiben, welche ebenfalls erfolgen wird.

Freie Hochschulgemeinde für Proletarier. Die verschiedenen Kurse in fremden Sprachen können voraussichtlich erst Mitte August beginnen. Erwünscht ist, daß Anmeldungen zur Teilnahme baldigt im Bureau, in den Jellen 21, Zimmer 29, gelangen und zwar mit genauer Bezeichnung: Englisch I (Mittlerer), Englisch II (Vorderer), entsprechend Französisch I oder II, Russisch I oder II und Spanisch. Ferner ist bei den Anmeldungen Angabe des Berufs und des Alters notwendig.

Sportpark Treptow. Das nächste Rennen findet Sonntag, den 13. Juli statt. Die Hauptnummer des Tages bildet das Rennen. Dieses Rennen ist nicht dem Goldenen Rad und dem Großen Preis das Bedeutendste, welches der Sportpark Treptow zur Abhaltung bringt. Das Rennen wird wie in den Vorjahren in zwei Vorläufen, die über je 40 Kilometer gehen und einem Endlauf, einem Stundenrennen hinter Vorführung zur Abhaltung gebracht. Esen ist daselbst nur für Fahrer der Extra- und A-Klasse. Die nächsten Fahrer sind verpflichtet worden. Die Starterliste weist folgende Namen auf: Appellans, Bauer, Arndt, Rettelbe, Pante und Thomas. Das Programm enthält ferner einige Züge, darunter das Rinderrennen als Hauptnummer.

### Groß-Berliner Lebensmittel.

Viehfelder. 7.—13. Juli 50 Gramm Margarine auf X 8 der Einfuhrzulasskarte, 250 Gramm Fleisch, 300 Gramm Graupen auf Rr. 40 der Einfuhrzulasskarte bis 12. Juli, 250 Gramm amerikanisches Mehl auf „Q 6“ der Einfuhrzulasskarte, Anfang der Woche, 250 Gramm amerikanisches Mehl auf „V 7“ der Einfuhrzulasskarte, Anfang der Woche.  
Vantow. Von Vantow ab auf Abschnitt B der allgemeinen Lebensmittelkarte 150 Gramm Graupen.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

29. Abt. Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Schulsaal Danziger Str. 21. Referent: Genosse Ber muth.  
36. Abt. Jahlabend Mittwoch, 7 1/2 Uhr bei Körwald, Schlegelstr. 5; Lohd, Köderstr. 67; Bekant, Flug, Ede Schwarzkopffstraße und Gefe, Bohemstr. 19.  
Oberhönneweide. Jahlabend: Mittwoch, den 9. für den 1. Bezirk bei Gabel, Heimlich, Ede Walthage; für den 2. bei Neumann, Deul, Ede Siemensstraße. Der 3. und 4. Bezirk tagen gemeinsam bei Drake, Wilhelmstraße, Ede Maratstraße.  
Vorhänwalde. Der Jahlabend findet Mittwoch, 7 1/2 Uhr, bei Halle statt.  
Maricnfelde. Mittwoch, 8 Uhr, Jahlabend bei Mann, Berliner Straße.  
Friedenau. Mittwoch, 8 Uhr, Bezirksabend in den bekannten Lokalen. Mittwoch, den 18. 7 1/2 Uhr, außerordentliche Generalversammlung im Festsaal des Rathauses.  
Karlshorst. Mittwoch, abends 8 Uhr, bei Roter, Dönhoff, Ede Henligstraße für den Nordteil; bei Velau, Nadelberg, Ede Ködelstraße für den Südtel; Mitgliederzusammenkunft und Jahlabend. Tagesordnung: Parteiangelegenheiten. Bericht von den Konferenzen.  
Zetlion 4. Pohl. Heute abends 8 Uhr Vertrauensmännerversammlung bei Sagem, Charlottenstr. 7. Die Verhandlungen finden jeden Monat einmal am Dienstag vor dem Jahlabend statt.  
Zostaltische Studentenpartei. Mittwoch, 8 Uhr, spricht Genosse Wilens G o l d b e r g über „Berechtigungen der Presse“.

### Jugendveranstaltungen.

Die Konferenz der Abteilungsbetriebe am Mittwoch fällt wegen der Verkehrs-schwierigkeiten aus.  
Offen. Jugendheim Ehrenbergstraße 23. Heute, abends 7 1/2 Uhr: Dichtabend.  
Steglich. Kinderpielausflug. Mittwoch, den 8. d. M. Treffpunkt 8 Uhr nachmittags am Rathaus. Genossinnen sind als Helferrinnen willkommen.

# Gewerkschaftsbewegung

## Für gleiches Recht im Verband.

Da die den Unabhängigen und den Kommunisten angehörenden Mitglieder des Holzarbeiterverbandes ihren der sozialdemokratischen Partei angehörenden Kollegen die Gleichberechtigung tatsächlich verweigern, haben sich diese genötigt, in besonderen Zusammenkünften ihre Haltung innerhalb des Verbandes zu besprechen. Eine derartige Zusammenkunft von Verbandmitgliedern, die auf dem Boden der S. P. D. stehen, wurde am Montag unter zahlreicher Beteiligung abgehalten.

Genosse Glocke trat den Angriffen entgegen, die von radikaler Seite gegen die Gewerkschaftspolitik gerichtet wurden. Unter anderem ging er auf den letzten Streik der Holzarbeiter ein und zeigte, daß die Forderung der neuen Direktverwaltung bei diesem Streik eintreffend erfüllt worden ist. Wäre die Lohnbewegung nach den bewährten gewerkschaftlichen Grundsätzen der alten Verwaltung geführt worden, dann würden die Kollegen die geforderte Lohnzulage ohne große Opfer erreicht haben. Aber nach dem Grundsatze der radikalen Direktverwaltung mußte ja unter allen Umständen gestreift werden, nachdem sie mit hochhöhnenden, von keiner Einsicht beeinflussten Reden in den Verhandlungen mit den Arbeitgebern ihre Forderungen nicht durchsetzen konnten.

1 1/2 Millionen Mark hat der Streik gekostet. Davon hat die Lokalkasse 1/4 Millionen zu tragen. 300 000 Mark Schulden hat die Lokalkasse infolge des Streiks bei der Hauptkasse machen müssen. Die Berliner Kollegen müssen nun diese Kosten aufbringen und trotz dieser Opfer haben sie mit dem Streik nicht das erreicht, was sie wollten. — Zum Schluß betonte der Redner, daß es so, wie es jetzt im Verbande geht, nicht weiter gehen kann. Eine Spaltung wollen die Kollegen der S. P. D. natürlich nicht herbeiführen, aber sie werden bei jeder Gelegenheit mit aller Entschiedenheit ihren Standpunkt vertreten und sich nicht durch radikale Schreier beeinflussen lassen. Die Mitglieder der S. P. D. wollen den ihnen gebührenden Einfluß auf die Leitung der Zählstelle wiedererlangen. Vor allem verlangen sie, daß Angestellte und Funktionäre nicht wegen ihrer politischen Überzeugung gemohregelt werden und daß auch der „Vorwärts“ wieder zum Publikationsorgan der Zählstelle gemacht wird, damit die auf dem Boden des „Vorwärts“ stehenden Kollegen über die Angelegenheiten ihres Verbandes unterrichtet werden. Die der S. P. D. angehörenden Kollegen verlangen nur ihr Recht und wenn ihnen das verweigert wird, werden sie Maßnahmen treffen, um sich ihre Gleichberechtigung zu erzwingen.

Die äußerst rege Diskussion ließ erkennen, daß die zur S. P. D. haltenden Holzarbeiter sich den Terrorismus und die Unterdrückung durch die Unabhängigen und Kommunisten nicht länger gefallen lassen werden.

Folgende Erklärung wurde beschlossen: Bislang durfte jedes Mitglied in den Versammlungen des Verbandes seine Meinung ungehindert zum Ausdruck bringen. Insbesondere war es jedem Redner gestattet, weitgehendste Kritik zu

üben. Nun hat sich aber ein Zustand herausgebildet, bei dem niemand eine Meinung aussprechen darf, weil er mit der jetzigen Mehrheit der Generalversammlung nicht einverstanden ist. Die Übernahme von Rednern und die Mitarbeit im Verband wird von der Stellungnahme zu einer Parteierklärung abhängig gemacht, wogegen aber Mitglieder, die erst neu in den Verband eingetreten sind, wie auch solche, die bis jetzt der Agitation große Hindernisse entgegenstellten und auch Kollegen, die sich heute noch als Gegner der Gewerkschaften erklären, zu allen Vertrauensstellungen im Verband für würdig erklärt werden. Ein solcher Zustand steht mit den Grundsätzen der Arbeiterbewegung in schärfstem Widerspruch. — Die Generalversammlung fordert von der Verwaltung des Verbandes, daß sie für unbedingte Redefreiheit im Verband sorgt. Die Versammelten verpflichten sich, an den Veranstaltungen des Verbandes mitzuarbeiten. Sie verwerten jede grundsätzliche und persönliche Opposition. Sie fordern alle Kollegen, die mit den jetzigen Verhältnissen nicht einverstanden sind, auf, dem Verband die Treue zu wahren und sich für die Organisationsarbeiten zur Verfügung zu stellen.

### Bezüglich des Mitbestimmungsrechts der Angestellten der Groß-Berliner Kriegsorganisationen

hat der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin folgenden Schiedsspruch gefällt:

„Dem Angestelltenausschuß wird das Mitbestimmungsrecht in allen wirtschaftlichen und das Arbeitsverhältnis betreffenden Fragen zuerkannt; insbesondere bezieht sich dies auf die Einstellungen, Kündigungen und Entlassungen von Angestellten, auf die Befreiung von Gehältern, Urlaubsbewilligungen und Beförderungen.“

Bei Unstimmigkeiten zwischen der Geschäftsleitung einerseits und dem Angestelltenausschuß andererseits ist innerhalb 3 Tagen der Vorsitzende des Schlichtungsausschuß (§ 5) anzurufen. Bei Kündigungen und Entlassungen hat der Widerspruch des Angestelltenausschußes aufschiebende Wirkung.

Bei beschleunigten Organisationsänderungen oder Auflösung des Betriebes oder einer Betriebsabteilung ist der Angestelltenausschuß zu rechtzeitig heranzuziehen, da er in der Lage ist, die wirtschaftlichen Interessen der Angestellten wahrzunehmen. Der Angestelltenausschuß hat in Gemeinschaft mit der Geschäftsleitung darüber zu wachen, daß im Betrieb der zu vereinbarenden Tarifvertrag, sowie alle getroffenen und noch zu treffenden Abkommen durchgeführt werden.

Der Angestelltenausschuß hat das Recht, Beschwerden über etwa noch seiner Auffassung ungewöhnliche oder die Interessen der Angestellten betreffende Vorkommnisse schriftlich oder mündlich bei der Geschäftsleitung vorzubringen und die Beseitigung von Unverhältnissen in Gemeinschaft mit der Geschäftsleitung zu veranlassen. Es liegt ihm ob, das gute Einvernehmen innerhalb der Angestelltenchaft sowie zwischen der Angestelltenchaft und der Geschäftsleitung zu fördern. Der Angestelltenausschuß hat auch sein Augenmerk auf die Bekämpfung der gefährlichen Gefahren zu richten.“

Die Herren Direktoren haben sich diesem Schiedsspruch nicht unterworfen, und es ist dies wieder einmal ein Zeichen dafür, von welchem reaktionären Geist diese Herren noch erfüllt sind und daß sie nicht im geringsten daran denken, sich der neuen Zeit auch nur etwas anzupassen. Sade der Angestellten der Kriegsorganisationen ist es, nun diesen Schiedsspruch auf jede Weise durchzusetzen.

### Reisegepäckversicherung.

Von vielen Unternehmern, auf deren mehr oder weniger große Leistungsfähigkeit wir hier nicht eingehen wollen, wird dem reisenden Publikum jetzt eine Versicherung ihres Reisegepäcks angeboten. Da bei vielen dieser Firmen die Angestellten in erschreckend kläglich Weise entlohnt werden, möchten wir das reisende Publikum, insbesondere alle organisierten Arbeiter und Angestellten darauf hinweisen, daß die Europäische Güter- und Reisegepäck-Versicherungsgesellschaft, die in Verbindung mit der Eisenbahndirektion Reisegepäckversicherungen auf jedem Bahnhof abschließt, den Unterschied zwischen den freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen und dem Arbeitgeberverband abschließenden Reichstaxivertrag für die Angestellten der privaten Verkehrsunternehmungen anerkannt hat. Die Angestellten dieses Unternehmens erhalten also eine einigermaßen auskömmliche und vor allen Dingen geregelte Entlohnung.

In Sachen der Maßregelung des Obmannes des Angestelltenausschußes der Reichsbekleidungsstelle Dr. Kaplan hat, wie der Arbeitsausschuß der Nachgruppe 3 (Kriegsorganisationen) berichtet, der Reichsarbeitsminister entschieden, daß die Kündigung als unzulässig zu betrachten und der Genannte wiederum einzustellen ist. Es muß mit Freude festgehalten werden, daß endlich einmal auch von der Regierung anerkannt wird, daß auch den Wachenchaften der reaktionären Herren Geheimräte eine gewisse Grenze gesetzt ist.

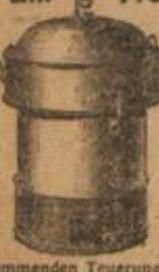
Vom Arbeiterausschuß der Nachgruppe 3 (Kriegsorganisationen) wird uns folgende Notiz zur Aufnahme überandt: Die Angehörigen der Kriegsorganisationen sind von verschiedenen bürgerlichen Blättern, so besonders von der „Vossischen Zeitung“ und dem „Berliner Tageblatt“, in der schärfsten Weise angegriffen worden, als sie um Beseitigung ihrer wirtschaftlichen Interessen kämpften. Diese Blätter finden es als große Beugung, den Kriegsorganisationen etwas anhaben zu können, und sie denken nicht so weit, daß die Angestellten der Kriegsorganisationen nicht für die Sünden der Direktoren verantwortlich zu machen sind. Die zahlreichen Verhöhnungen, die mit den genannten Blättern zugehen, sind niemals gebracht worden, so erst kürzlich wieder in Sachen des Streiks. Aus diesem Grunde hat sich der Arbeiterausschuß der Angestellten der Groß-Berliner Kriegsorganisationen veranlaßt gesehen, an die sämtlichen Angestelltenausschuße seiner Nachgruppe, welche im ganzen 30 000 Angestellte umfaßt, ein Rundschreiben zu schreiben, in welchem auf die Wachenchaften dieser Zeitungen aufmerksam gemacht wird und welches den Angestellten andeuten soll, derartige Blätter nicht weiter zu abonnieren. An dieser Stelle berufen wir öffentlich Protest ein gegen das einseitige Auftreten der genannten Zeitungen für die Interessen des Kapitalismus und weisen darauf hin, daß die so oft gemacht Versprechungen jener Zeitungen in bezug auf die Beseitigung von Arbeiter- und Angestellteninteressen als eitel Wind zu betrachten sind.

Zentralverband der Handlungsgehilfen. Infolge der Verleumdungen kann die für heute, Dienstag, abend um 8 Uhr in der Versammlung nicht stattfinden. Eine erneute Einberufung der Versammlung erfolgt nach Aufnahme des Verkehrs. Wir bitten die Mitglieder, abdann die Inserate zu beachten.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Branche im Einzelhandel. Die für Mittwoch, den 9. Juli, angelegte Branchenversammlung findet infolge des Verkehrs nicht statt.

Verantwortlich für den Inhalt: Ernst Jäger, Charlottenburg, für den Obmann der Redaktion: Alfred Scholz, Berlin; für Angelegenheiten: Theodor Siegel, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vordamm-Verlag und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co. in Berlin, Unter den Linden 11.

### Ein Freudentag und Waschartag



mit dem patentierten, vollkommen selbsttätig arbeitenden „Lobbig's“ Dampf-Wasch-Automaten, der 4000 Arbeitst. Arbeit in 1000 u. in jedem Raum für 60-70 Minuten benutzbar ist, ohne jede Bedienung, große Schonung der Wäsche, selbst mit dem markierten Selenersatzmittel, wovon wir das Beständige mit Wunsch liefern. Die Anschaffung wird erst nach durch besagte Zahlungsweise erleichtert. Preis je nach Größe und dem zuzurechnenden Teuerungszuschlag von 61 Mark an.

Näheres durch Preisliste V. mit Abbildungen gratis.

„Lobbig's“ Dampf-Wasch-Automaten-Zentrale, Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollernring 27a.

### Kuhla-Pianos

Verkauf im Hofstraßenmagazin N 21, Wassert. 17/18.

### Elektro-Motore

Rupferbürste und andere elektrische Materialien liefert Elektromechanik Zentrum Rurzelstr. 18. Tel.: Wieg. 4702.

### Baumwolle

Vertrauensvolle Beschaffung. Preuß. Brunnensstr. 70.

### Kleine Anzeigen im „Vorwärts“ sind billig und erfolgreich!

Spezialart. Invalidenstr. 35 Ecke Chausseestraße am Stuttiner Bahnhof. 1/11-1, 2-1, 3, Sonnt. 11-12

Rasche Hilfe! Hausarbeiten, besonders nachts unentgeltlich.

### Janjynum

Janjynum ist ein wirksames „Orindabalsam“, das auch in hartnäckigsten Fällen bewirkt. 1/2 Liter 1,50 Mark gleichzeitige Inhalation mit 1/2 Liter 2,50 Mark. C. Reichel, Berlin, Unter den Linden 11.

### Dr. Grütering

Spezialarzt. Invalidenstr. 35 Ecke Chausseestraße am Stuttiner Bahnhof. 1/11-1, 2-1, 3, Sonnt. 11-12

### Preußische Klassenlotterie

Ziehung der 1. Klasse: 15. und 16. Juli 1933. 168 000 Lose m. 214 000 Gewinnen u. 2 Prämien, verteilt in 5 Klassen, 1. Gesamtwert: 72 Millionen 426 000 Mark

Lose zur 1. Klasse 5.25 10.50 21.- 42.- M. Postgebühr

### Steinberg

Preuß. Lotterio-Berlin Einnehmer Rosenthaler Straße 40/41, am Hackeschen Markt. Postcheck-Konto Berlin 21143.

### Verkaufe

**Wohnmöbel:** Sofa, Couch, Bett, Tisch, Stühle, etc. Preisliste gratis.

**Wohnmöbel:** Sofa, Couch, Bett, Tisch, Stühle, etc. Preisliste gratis.

**Wohnmöbel:** Sofa, Couch, Bett, Tisch, Stühle, etc. Preisliste gratis.

### Möbel

**Wohnmöbel:** Sofa, Couch, Bett, Tisch, Stühle, etc. Preisliste gratis.

**Wohnmöbel:** Sofa, Couch, Bett, Tisch, Stühle, etc. Preisliste gratis.

**Wohnmöbel:** Sofa, Couch, Bett, Tisch, Stühle, etc. Preisliste gratis.

### Kaufgesuche

**Wohnmöbel:** Sofa, Couch, Bett, Tisch, Stühle, etc. Preisliste gratis.

**Wohnmöbel:** Sofa, Couch, Bett, Tisch, Stühle, etc. Preisliste gratis.

**Wohnmöbel:** Sofa, Couch, Bett, Tisch, Stühle, etc. Preisliste gratis.

### Unterricht

**Wohnmöbel:** Sofa, Couch, Bett, Tisch, Stühle, etc. Preisliste gratis.

**Wohnmöbel:** Sofa, Couch, Bett, Tisch, Stühle, etc. Preisliste gratis.

**Wohnmöbel:** Sofa, Couch, Bett, Tisch, Stühle, etc. Preisliste gratis.